



Protokollauszug
zum GEMEINDERAT

am Mittwoch, 16.12.2020, 17:00 Uhr, Forum, Bürgersaal

ÖFFENTLICH

TOP 1	Haushaltsplan 2021 und Finanzplanung mit Investitionsprogramm 2020 - 2024 - Änderungsverzeichnis - Stellenplan 2021	Vorl.Nr. 373/20
--------------	--	------------------------

Beratungsverlauf:

Zum Beratungsverlauf vgl. TOP 1.1.

TOP 1.1	- Änderungsverzeichnis	Vorl.Nr. 484/20
----------------	-------------------------------	------------------------

Beschluss:

1. Die Haushaltssatzung 2021 sowie der Haushaltsplan 2021 und die mittelfristige Finanzplanung 2020 - 2024 werden auf Grundlage des Haushaltsplanentwurfs (Vorlage 373/20) und den beigefügten Änderungsverzeichnissen beschlossen.
2. Die Verwaltung wird ermächtigt, die noch erforderlichen haushaltsneutralen Veränderungen der Teilhaushalte (z.B. interne Leistungsverrechnungen, Steuerungsumlage, Änderungen Kontenplan) vorzunehmen und in den endgültigen Haushaltsplandruck einzuarbeiten.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 30 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Nicht anwesend: - Stadträtin Burkhardt
 - Stadträtin Dr. Traub

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** und Stadtkämmerer **Kistler** führen in das Thema ein und erläutern den Verlauf der bisherigen Haushaltsplanberatungen.

Die Stellungnahmen zum Haushalt für die Fraktion Bündnis 90/die Grünen wird von Stadtrat **Prof. Vierling** vorgetragen. Er führt aus: „Unsere letzte Sitzung vor Weihnachten - aber die Zeichen stehen nicht auf Entspannung und Besinnlichkeit. Fakten-Orientierung heute heißt: Noch nie sind in Deutschland und in unserer Stadt so viele Menschen an und mit Corona gestorben wie derzeit. Wir müssen für die Zeit bis Weihnachten und Neujahr weitere Rekord-Sterbezahlen erwarten. Denn die Zunahme der Neuinfektionen ist immer noch nicht gestoppt. Das ist eine schreckliche Katastrophe. Ein Weihnachten und ein Jahreswechsel voll Trauer um die Gestorbenen und um die Sterbenden, voll Mitleiden mit den Erkrankten, die um ihr Leben kämpfen und mit den Erkrankten, die sich vor diesem Lebens- und Todeskampf fürchten müssen.

Ein Weihnachten und ein Jahreswechsel, die dem Mitgefühl für die Opfer des Covid-19-Virus gewidmet sein sollten und dem Mitgefühl für die leidenden Angehörigen. Seien wir an Heiligabend und an Silvester in unseren Gedanken und Gefühlen in den Intensivstationen bei den Ärztinnen und Pflegerinnen, die Leben retten sollen und vielfach nicht können. Versetzen wir uns in sie hinein und fragen uns in einer Pausenminute in der Teeküche auch einmal, wer in den letzten Monaten welche Fehler zu verantworten hatte, so dass es im Ergebnis so weit kommen konnte. Der Keim der Hoffnung heißt: Die Impfung steht vor der Tür. Jetzt kommt es darauf an, dass sich die Berechtigten auch so früh wie möglich in der größten möglichen Zahl impfen lassen. In wenigen Tagen kann eine Kurve der Zuversicht starten: Die Kurve der Zahl der Geimpften, also der vor der Erkrankung gesicherten. Diese Kurve muss so schnell wie nur irgend möglich ansteigen. Bitte überzeugen Sie zunächst alle Ihre über 80-Jährigen Angehörigen und Freunde, dass sie sich sofort zur Impfung anmelden und auch wirklich impfen lassen. Wir können uns keine ausfallenden Impftermine leisten.

Doch, ich spreche seit meinem ersten Satz über den städtischen Haushalt 2021. Seit Erstellen des Entwurfs haben sich die dunklen Corona-Wolken noch immer weiter zugezogen. Der Haushaltsverlauf 2021 wird noch schwieriger als es im heute zu beschließenden Haushaltsplan seinen Niederschlag findet. Die Zeit nach dem Sommer 2021 wird viele Jahre lang für die Ludwigsburger Stadtgesellschaft, Politik und Verwaltung eine Zumutung sein, weil die Einnahmen fehlen werden, um die gewohnten Aufgaben zu finanzieren. Wir werden und können uns nicht besinnungslos immer weiter verschulden.

Für den Haushalt 2021 kam es uns Grünen darauf an, den städtischen Klimaschutz fest zu verankern und wichtige Akzente für den sozialen Zusammenhalt zu setzen.

Thema Klimaschutz: Unsere Anträge „Klimapositive Bauinvestitionen“ und „Städtische Solardachrendite“ haben bei Gemeinderat und Verwaltung ein positives Echo gefunden. Ein Beitrag, um auch die ökologischen Schulden so gering wie möglich zu halten. Die Klimarelevanz von Gemeinderatsbeschlüssen soll in Zukunft ein ständiges wichtiges Entscheidungskriterium sein. Wir freuen uns auf die baldige Konkretisierung mit der neuen Bürgermeisterin Andrea Schwarz, ihrem Dezernat und dem Ausschuss SHL.

Allerdings hat das Ludwigsburger Klimabündnis noch nicht wieder Anschluss an die Relevanz bei seiner Gründung gefunden. In diesem Rahmen wird auch immer wieder über mögliche weitere Anstöße für Verbesserungen der städtischen Klimaschutzbemühungen verhandelt werden müssen. Lassen wir uns aufrütteln von Antonio Guterres, Generalsekretär der Vereinten Nationen, der den Staaten der Welt berechtigt vorhält, dass sie bis jetzt nur unzureichend beitragen zur Begrenzung der Erderwärmung.

Dass die zweite Bahnhofsunterführung jetzt interfraktionell auf den Weg gebracht wird, das ist ein gutes Zeichen für die Konsensfähigkeit dieses Gemeinderats. Von einem attraktiven und leistungsfähigen Nahverkehr profitieren alle Verkehrsteilnehmer, wie auch immer sie sich fortbewegen.

Und zum Thema „sozialer Zusammenhalt“: Wir Grünen konnten den Kompromiss im Steuer- und Beitragspaket maßgeblich prägen mit unserer Haltung zu den Grenzen der Mehrbelastung der Kita-Eltern. Die Verschiebung der Kita-Beitrags-Erhöhlungen auf den nächsten September und die Beschränkung auf 3 bzw. 5 Prozent ist schon einmal ein Erfolg. Die Einrichtung einer Gebührenkommission, die neben anderem insbesondere die Einführung einkommensabhängiger Gebühren prüfen soll, öffnet die Tür zu einer gerechteren Entlastungs- und Belastungspolitik in einem zentralen Gestaltungsfeld – nicht erst am St.-Nimmerleinstag, sondern wenn es nach uns geht nach sorgfältiger Beratung schon im Jahr 2022.

Und die Fortführung des Projekts Connect zugunsten junger Geflüchteter – unser Dank geht hier an den Jugendgemeinderat, der sich ebenso beherzt wie uneigennützig und erfolgreich dafür eingesetzt hat, diese Einstiegshilfen für Geflüchtete in unsere Stadtgesellschaft zu verstetigen. So soll produktives Zusammenwirken zwischen Jugendgemeinderat und Gemeinderat funktionieren.

Meine Damen und Herren, damit habe ich auch den Ansatz unserer Fraktion für den bevorstehenden Strategieprozess beschrieben: Klimaschutz und sozialer Zusammenhalt sind die wichtigste Leitschnur für die anstehende Frage, was die Stadt in Zukunft noch leisten kann und wie sie es finanzieren soll.

Wir stimmen dem Haushalt 2021 und der Finanzplanung bis 2024 mit großer Mehrheit zu.“

Bereits vor Corona habe es im letzten Jahr schwierige Haushaltsberatungen gegeben, so Stadtrat **Herrmann**. Die Neuverschuldung zu reduzieren und eine Abflachung der Stellenanstiegskurve, erreichte die CDU damals. Wenn die Wirtschaft einbreche, brauche man Möglichkeiten um die Konjunktur anzukurbeln, seien seine letztjährigen Worte gewesen. Heute werde ein Art Nothaushalt verabschiedet und seine Fraktion könne dem Vorschlag der Verwaltung weitgehend folgen. Deshalb habe seine Fraktion keine Änderungsanträge zum Haushalt gestellt. Der Haushalt sei durch Rekordausgaben für Investitionen geprägt. Die Kommune unterstütze die Wirtschaft und die Arbeitgeber sowie Arbeitnehmer in der Stadt. Froh zeigt er sich über die diesjährige Unterstützung von Bund und Land. Eine Konsolidierung auf kommunaler Ebene sei notwendig. Auch in der Krise werde heute ein generationengerechter Haushalt verabschiedet. Schmerzliche Einsparungen seien im Ergebnishaushalt vorgenommen und Steuern sowie Gebühren erhöht worden. Die Neuverschuldung sei in dieser Situation verantwortbar. Der Haushalt solle im nächsten Jahr, gegebenenfalls durch Aufgabenveränderungen dauerhafte Einsparungen ermöglichen, durchforstet werden. Heute werde ebenso die Hauptsatzung beraten. Künftig werde der Gemeinderat über weniger Stellenbesetzungen entscheiden und somit spare sich die Verwaltung die Erstellung einiger Vorlagen. Hier könne der Gemeinderat die Verwaltung entlasten. Seine Fraktion bedankt sich bei der Kämmerei, den Dezernenten und Fachbereichsleitern. Gestellte Rückfragen seien sehr gut beantwortet worden. Er weist darauf hin, dass heute der Haushalt und die Finanzplanung formal beschlossen werden. Letztere werde bei den Haushaltsberatungen der nächsten Jahre konkretisiert. Derzeit stehe man im zweiten Lockdown. Allerdings sei er zuversichtlich, dass man mit diesem Haushalt gut durch die Pandemie komme und ein Ende sichtbar werde. Die CDU stimme dem Haushalt zu.

Im Anschluss erklärt Stadtrat **Weiss** für die FWV-Fraktion: „Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, an einem Tag wie heute, mit dem Schatten der Pandemie an der Wand, ist es nicht leicht einen Haushaltsplan zu verabschieden, zumal das Jahr 2021 mit viel Ungewissheit belastet ist.

Die Planzahlen sowohl für 2021 als auch für 2022 sind ernüchternd, es kann und darf deshalb kein „weiter so“ geben.

Bei den Konsolidierungsmaßnahmen 2021 ist vieles nicht so gekommen wie es in verschiedenen Klausuren Ende Juni und Oktober beraten wurde.

Über den Solidarpakt sind wir überhaupt nicht glücklich und entspricht nicht unseren Vorstellungen. Viele kleinere Sparvorschläge wurden bis zur Einbringung des Haushaltes zurückgenommen oder zurückgestellt. An der Finanzkrise der Wirtschaft und der kommunalen Haushalte ist nicht nur Corona alleine schuld.

Bei einem Strategieprozess in den kommenden Jahren wird es nicht reichen nur Standards zu senken oder ein paar Stellen kurzfristig nicht zu besetzen. Auch bei den Investitionen müssen wir uns von dem einen oder anderen Großprojekt verabschieden oder die Investitionen deutlich entzerren. Dazu gehört neben der Landesgartenschau und der Niederflurbahn durch die Innenstadt auch die zentrale Innenstadtentwicklung des Arsenal- und Schillerplatzes oder eine Radwegeunterführung in der Bismarckstraße.

Zudem bedauern wir, dass unser Antrag für eine externe Beratung im Zusammenhang mit der Personalkostenkonsolidierung nicht ernst genommen wird, zumal wir dazu sehr konkrete Vorschläge in der Begründung vorgetragen haben.

Unverständlich ist auch, warum eine Dividende der WBL mit 1 Mio. nicht möglich ist. Der Hinweis auf zusätzliche Kapitalertragsteuer oder Aufnahme eines Kredites sind ebenso wenig nachvollziehbar wie die Aussage, dass dann der soziale Wohnungsbau in Frage gestellt wird, vor allem unter der Tatsache, dass die WBL in den Jahren 2021-2024 Jahresüberschüsse i. H. v. über 22 Mio. erzielt durch die Errichtung von ca. 400 Wohnungen in den nächsten 3-4 Jahren. Ausgehend von den Wirtschaftsprognosen 2021 ist zu befürchten, dass allein die geplanten Gewerbesteuererinnahmen von 66,6 Mio. nicht realistisch sind und wir uns bereits im 1. Halbjahr wahrscheinlich auf einen Nachtragshaushalt einstellen müssen.

Fazit für die Fraktion der Freien Wähler ist deshalb, dass wir dem Haushalt 2021 so nicht zustimmen können, mit der Zusage den Strategieprozess 2021 mit konstruktiven Beiträgen zu begleiten.

An einem Tag wie heute ist es uns besonders wichtig an alle Bürger zu appellieren sich an die Maßnahmen und Regeln der kommenden Tage und vielleicht Wochen zu halten, damit das Infektionsgeschehen wieder kontrollierbar wird.

Nur so kann es uns gelingen die psychosozialen Folgen als auch die hohe Gesundheitsgefährdung für die Menschen zu mindern. Die wirtschaftlichen Folgen durch den Lockdown sind immens nicht nur für die Konzerne, sondern vor allem auch für die Kleinunternehmen, Selbständige und mittelständische Betriebe.

Die Lage ist bitterernst, vor allem auch für die Menschen an der vordersten Linie wie das Krankenhauspersonal und die Arztpraxen, die Pfleger und Pflegerinnen in den Pflegeheimen, die Gesundheitsämter, die Polizei, die LKW-Fahrer die Tag und Nacht die Versorgung garantieren, die Verkäuferinnen in den Lebensmittelmärkten, die Familien mit Kindern in den Kitas oder Schulen zusammen mit den Erzieherinnen und Pädagogen. All diesen Menschen muss unser Dank, Respekt und Anerkennung gelten. Gemeinsam werden wir diese Krise überwinden.

Wir wünschen allen eine nachdenkliche, aber auch hoffnungsfrohe Weihnachtszeit und ein gesundes zuversichtliches Jahr 2021.“

Viele Menschen seien in Kurzarbeit oder haben ihren Arbeitsplatz verloren, merkt Stadträtin **Liepins** an. Betriebe müssen Insolvenz anmelden oder kämpfen ums Überleben. Die Entwicklung des nächsten Jahres sei nicht absehbar. Ausführlich wolle sie nicht weiter auf die Pandemie eingehen. Bund und Länder, gefolgt von den Kommunen, verschulden sich gigantisch. Letztendlich werde man noch lange mit diesen Schulden leben müssen. Sie geht weiter auf die Landesgartenschau ein. Hierfür müssen nun keine Schulden aufgenommen werden, merkt sie an. Ihre Fraktion stimme dem Haushaltsplan mit den Änderungen zu. Der Vorschlag des Personalrates auf eine befristete 10%ige Kürzung des Fahrtkostenzuschusses sei noch zu besprechen. Die Befristung solle ein oder maximal zwei Jahre betreffen. Man brauche die Fähigkeit zum Kompromiss und Konsens. Weiter geht sie auf die Erhöhung der Kindergartengebühr ein. Deutlich geringere Erhöhungen als ursprünglich geplant seien hier ausgehandelt worden. Die Einrichtung einer Kommission sei beschlossen und sie hofft auf gute Ergebnisse. Abschließend wünscht sie allen ein gesundes Weihnachtsfest und spricht ihren Dank an die Verwaltung aus.

Für die FDP-Fraktion teilt Stadtrat **Haag** mit, der Nothaushalt belaste alle, Bürger wie Verwaltung. Steuererhöhungen seien nie erfreulich, aber wenigstens sei eine Befristung bei der Gewerbesteuer vorgesehen. Es gebe moderate Zuschuss-Senkungen, die die FDP-Fraktion schon beim Nachtrag 2020 vorhergesagt habe. Dies sei keine Geringschätzung der Situation der Ehrenamtlichen in der Stadt, sondern der Versuch, die Belastungen möglichst breit zu verteilen. Hinsichtlich des Elternbeitrags setze man den Fokus auf die Qualität und da angekoppelt die Frage nach einem vertretbaren Elternbeitrag. Man setze sich klar für eine Quotierung ein, das werde ja bald besprochen. Die FDP habe wenige Anträge gestellt, die eher für die Arbeit im nächsten Jahr gedacht seien, wie z.B. Verbesserung bei Ladesäulen, Schließfächern in der Innenstadt oder die Wiederbelebung der Laubsäcke.

Positiv seien die Anstrengungen, die die Verwaltung auf dem Weg zu diesem Haushalt unternommen habe. Effiziente Aufgabenerledigung und Aufgabenkritik seien die beiden Säulen, Digitalisierung sei ein Schlüssel dazu, ohne die Bürger auf dem Weg zu verlieren. Zuerst frage man also nach dem Ausschöpfen des Potentials der Köpfe in der Verwaltung, dann erst nach deren Zahl.

Weiter führt Stadtrat Haag aus: „Verschwende nie eine gute Krise. Dieses Bonmot kann das Leitmotto des neuen Strategieprozesses sein, den wir im neuen Jahr angehen werden, und dem wir gespannt entgegen sehen.“

An dieser Stelle danken wir allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt für ihren großen Einsatz in diesem Krisenjahr. Auch hier sollen die Debatten über Kürzungen nicht falsch verstanden werden. Ohne ihre tolle Arbeit wäre in diesem Jahr vieles viel schlechter gelaufen. Die größten Zuschussgeber zum notwendigen ausgeglichenen Ergebnis sind gar nicht da, und haben uns auch keine Mails geschrieben. Das sind die zukünftigen Generationen. Besorgniserregende Kreditaufnahme, vor allem bei den laufenden Ausgaben, wir hoffen auf die Impfung, eventuelle Hilfspakete sowie das traditionelle Einpendeln der Bauausgaben bei 30 Mio, mal sehen.

Verantwortung zeigt sich im Handeln. Wir werden dem Haushalt zustimmen, obwohl wir gegen die Steuer und auch die Gebührenerhöhung waren. Aber für ist auch klar, dass wir angesichts der Kredite eben nicht ausschließlich die Abgaben der Bürger von heute gegen die Abgaben der Bürger von morgen tauschen wollen. Herzlichen Dank.“

Für die Linke erklärt Stadtrat **Müller**: „Sehr geehrter Herr Obermeister, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrte Herren Bürgermeister, werte Gemeinderatskolleginnen und Gemeinderatskollegen und nicht zuletzt sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer auf Zuschauerplätzen!

Die letzten vier Wochen waren gekennzeichnet durch die Beratungen zum Haushalt 2021, der weiterhin für ein Krisenszenario geschrieben wird, denn die Steuereinnahmen werden sich im nächsten Jahr wahrscheinlich nicht so gut entwickeln wie gedacht. Der Lock-Down und die

Nachwirkungen werden sich weit in das nächste Jahr hinziehen. Betroffen werden davon gerade die Geringverdiener sein.

Im Mittelpunkt der Diskussion stand die Erhöhung der Kita-Gebühren und der Steuersätze für Gewerbe und Grund- und Boden. Dies sind zwei verschiedene Themen, die man aber kunstvoll zusammengezogen hat, und darüber noch die Überschrift „Pandemie-Folgen“ gesetzt hat. Beides ist inhaltlich falsch.

Auch wenn die Erhöhung der Kita-Gebühren wesentlich geringer ausfällt als ursprünglich geplant, so ist eine Erhöhung der Kita-Gebühren aus unserer Sicht falsch. Die Argumentation der Stadtverwaltung zielt auch gar nicht auf das Haushaltsloch, das uns in diesen und den nächsten Jahren anzunehmen ist. Es ging der Stadtverwaltung nur um eine gute Gelegenheit, das Defizit bei den Kita-Gebühren zu verkleinern. Das strukturelle Defizit kommt durch die zu geringen Zuschüssen des Landes zu den Kita-Einrichtungen zu Stande. Dies sollte man angehen, durch andere Mehrheitsverhältnisse im Land und nicht die Beiträge der Eltern. Es gibt andere Kommunen im Kreis, die keine Kita-Gebühren erhöhen. Dort hatten die Kommunalparlamente die Zeichen der Zeit erkannt.

Es ist auch falsch, dass die Gewerbesteuer nur befristet angehoben werden soll. Noch im letzten HH-Plan für das Jahr 2020, als von einem Covid-19-Virus noch nicht die Rede war, wurde eine Steuererhöhung bei Gewerbe und Grund für die Folgejahre als notwendig angesehen und dies nicht nur vorübergehend, um die Investitionen in die Bildungseinrichtungen für unser Kindern zu meistern.

Des Weiteren gibt es viele Kürzungen bei den Sportvereinen, Kultur und im sozialen Bereich. Einige Kürzungen sind vor dem Hintergrund der finanziellen Situation der Stadt gerechtfertigt. Insbesondere wenn Sport und Kultur starke Lobby-Verbände haben und diese den Kürzungen, weil auch mit Murren zugestimmt haben. Sie sind somit Garant dafür, dass der Betrieb trotzdem weiterläuft.

Es gibt aber auch Angebote der Stadt, die von der Stadt unmittelbar angeboten werden und sich gerade an diejenigen wendet, die sich nicht in Vereinen organisieren. Ich denke hier z.B. an das Programm „Schwimmfix“, das die dringend notwendige Fähigkeit „Schwimmen“ den Kindern vermittelt, die sonst nicht die Gelegenheit haben schwimmen zu lernen. Auch das Programm „Connect“ würde ich zu diesen Angeboten zählen, die einen unmittelbaren Kontakt erfordern. Diese wurden und werden wegen der Corona-Pandemie vorerst ausgesetzt und damit spart die Stadt Geld. Eigentlich müssten die Programme weiterlaufen, damit die Kontakte zu diesen Klienten nicht abreißen. Und wenn dies nicht möglich ist, müssen diese Programme mit einer hohen Intensität wieder aufgenommen werden. Es besteht sonst die Gefahr, dass diese Förderprogramme nicht mehr nachgefragt werden und dann komplett eingestellt werden.

Ich möchte zum Schluss noch einen bestimmten Punkt ansprechen, den ich bereits in der Sitzung des MTU am letzten Donnerstag angesprochen habe: Die Stadt muss bei der Errichtung der Filtersäulen einen Eigenanteil von 100000 € tragen. Dieser Betrag soll laut Vorlage aus dem Fond „Nachhaltige Mobilität“ beglichen werden. Die Luftfilter sind aber kein Beitrag zur nachhaltigen Mobilität, sondern eine Reparatur. Mir wurde dann erläutert, dass dies ein Fehler sei und dies von einem eigenen Förderprogramm „Saubere Luft“ kommen würde. In der Vorlage sowohl für den Beschluss zu den Filtersäulen, den wir heute noch in einem späteren Tagesordnungspunkt behandeln wollen, noch in den Ergänzungen zum Haushaltsplan, ist dieser Punkt geklärt worden. Ich bitte um Aufklärung über diesen Punkt.

Trotz dieser Kritik an der Aufstellung des Haushalts stimmen wir dem Haushaltsplan für das Jahr 2021 zu, denn eine Ablehnung des Gemeinderats würde an der bereits beschlossenen Kita-Gebühren-Erhöhung nichts mehr ändern.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.“

Bei der sich anschließenden Aussprache geht Stadtrat **Prof. Vierling** auf den Wortbeitrag von Stadträtin Liepins hinsichtlich des erwähnten Schreibens des Personalrates zum Fahrkostenzuschuss ein. Hierzu wünscht er nähere Informationen.

OBM **Dr. Knecht** merkt an, dass die Vorlage noch nicht beraten sei. Heute werde hierüber nicht abgestimmt. Im Haushalt 2021 sei die Kürzung enthalten.

Einen herzlichen Dank spricht Stadtrat **Link** an die Verwaltung für das vergangene Jahr aus. Weiter geht er auf den Stellenplan und die Neueinstellungen ein. Er wundere sich über die große Anzahl von geplanten Neueinstellungen und fordert eine Zusage über Neueinstellungen im Jahre 2021 bis zu max. 30 zusätzlichen Mitarbeitern und für das Jahr 2022 zusätzlich 20 Mitarbeiter, sonst könne er dem Haushaltsplan nicht zustimmen.

OBM **Dr. Knecht** wünscht heute keine erneute Diskussion über einzelne Stellen und geht auf die zurückliegenden Diskussionen ein. Im Strategieprozess werde das Thema Personalhaushalt mittelfristig bearbeitet. Eine genaue Stellenzahl könne heute nicht seriös genannt werden.

Stadtrat **Müller** geht auf die Filtersäulen ein und fragt nach dem städtischen Eigenbeitrag, welcher aus dem Fonds nachhaltige Mobilität finanziert werde.

Hier handle es sich um einen redaktionellen Fehler, so Herr **Knobloch**. Der Fonds nenne sich „saubere Luft“. Im Ausschuss für Mobilität, Technik und Umwelt sei dies dargestellt worden, ergänzt. BM **Ilk**.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen lässt OBM **Dr. Knecht** über die Vorlage Nr. 484/20 Beschluss fassen. Im Nachgang dankt er der Verwaltung.

TOP 2

**Jahresabschluss 2019 Tourismus & Events
Ludwigsburg**

Vorl.Nr. 398/20

Beschluss:

1. Der Jahresabschluss des Eigenbetriebs zum 31.12.2019 wird gemäß Anlage 1, 1a festgestellt.
2. Ergebnisverwendung
Das Geschäftsjahr 2019 schließt mit einem ordentlichen Ergebnis von – 497.799,77 EUR und einem Sonderergebnis von – 26.018,98 EUR ab. Die Fehlbeträge des ordentlichen Ergebnisses und des Sonderergebnisses werden in Höhe von insgesamt 523.818,75 EUR auf neue Rechnung vorgetragen.
3. Der Betriebsleitung wird für das Jahr 2019 Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 39 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: - Stadträtin Burkhardt
 - Stadträtin Dr. Traub

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die Vorberatung und die einstimmige Beschlussempfehlung des Betriebsausschusses Tourismus & Events Ludwigsburg vom 08.12.2020. Ein Sachvortrag wird nicht gewünscht. Auf Aussprache wird verzichtet. OBM Dr. Knecht lässt über die Vorlage Nr. 398/20 Beschluss fassen.

TOP 3

**Ludwigsburger Schlossfestspiele -
Programmvorstellung 2021 und Zuschussfreigabe
2021**

Vorl.Nr. 471/20

Beschluss:

1. Der vorläufige Abschluss (Hochrechnung) 2020 der Ludwigsburger Schlossfestspiele (LSF) wird zur Kenntnis genommen.
2. Den Programmplanungen 2021 wird zugestimmt.
3. Den Haushaltsplanungen 2021 der LSF wird zugestimmt.
4. Für den Haushalt 2021 wird ein Grundförderbetrag i.H.v. 720.000 EUR genehmigt und vorbehaltlich der Genehmigung des städtischen Haushaltes durch das Regierungspräsidium freigegeben.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 35 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: - Stadträtin Burkhardt
 - Stadträtin Dr. Traub

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die Vorberatung und die einstimmige Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung (WKV) vom 09.12.2020. Ein Sachvortrag wird nicht gewünscht. Auf Aussprache wird verzichtet. OBM Dr. Knecht lässt über die Vorlage Nr. 471/20 Beschluss fassen.

Beschluss:

1. Der Jahresbericht 2019 und die Spielzeit-Bilanz 2020 der Scala-Kultur Theatersommer gGmbH werden zustimmend zur Kenntnis genommen.
2. Den Programm- und Haushaltsplanungen 2021 wird zugestimmt.
3. Für den Haushalt 2021 wird zur Durchführung des Programms ein Förderbetrag i.H.v. 115.785 Euro bewilligt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 39 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: - Stadträtin Burkhardt
 - Stadträtin Dr. Traub

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die Vorberatung und die einstimmige Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung (WKV) vom 08.12.2020. Ein Sachvortrag wird nicht gewünscht. Auf Aussprache wird verzichtet. OBM Dr. Knecht lässt über die Vorlage Nr. 410/20 Beschluss fassen.

Beschluss:

1. Der Teilsanierung der Gebäude Wilhelmstraße 1-5 als reine Brandschutzertüchtigung, auf Grundlage der beiliegenden Entwurfsplanung inkl. Kostenberechnung vom 11.11.2020, mit Projektkosten von rd. 2,517 Mio. EUR (Kostengruppen 300 - 700, inkl. 19 % MwSt., Sicherheitszulagen und Baupreissteigerung) wird zugestimmt.
2. Die notwendigen Finanzmittel werden vorbehaltlich der Genehmigung des Haushalts- und Finanzplans 2021 ff. zur Verfügung gestellt.
3. Der Planungsauftrag Vorl.- Nr. 236/16 zur Sanierung und Neukonzeption der Bürgerdienste, mit dem Ziel der Zusammenführung des Fachbereichs Bürgerdienste mit Bürgerbüro und Standesamt in dem Gebäude Wilhelmstraße 1-5, wird nicht weiter verfolgt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 39 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: - Stadträtin Burkhardt
 - Stadträtin Dr. Traub

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die Vorberatung im Ausschuss für Stadtentwicklung, Hochbau und Liegenschaften (SHL) am 03.12.2020 und die dort einstimmig gefasste Beschlussempfehlung. Ein Sachvortrag wird nicht gewünscht. Auf Aussprache wird verzichtet. OBM Dr. Knecht lässt über die Vorlage Nr. 380/20 Beschluss fassen.

Beschluss:

1. Zur schnellen und effektiven Senkung der Stickstoffimmissionen (NOX) an der Schlosstraße werden Filtersäulen in notwendiger Stückzahl beschafft und installiert.
2. Für die Beschaffung der Filtersäulen werden Mittel in Höhe von 900.000 EUR bereitgestellt. Für die laufenden Unterhaltskosten, Wartung und Strom werden 450.000 EUR eingestellt. Als Förderbetrag vom Land werden zur Finanzierung dieser Maßnahme investiv und konsumtiv in der Summe 1.250.000 EUR eingeplant.
3. Der zu finanzierende Eigenanteil von maximal 100.000 EUR wird aus dem Fonds Nachhaltige Mobilität bereitgestellt. Unabhängig von der Anzahl der zu beschaffenden Säulen und der daraus resultierenden Folgekosten ist der städtische Eigenanteil auf diesen Höchstbetrag gedeckelt.
4. Die Umsetzung der Maßnahme und die Vergabe der Lieferung und Wartung (2 Jahre) der Filtersäulen an die Firma MANN+HUMMEL aus Ludwigsburg wird genehmigt.
5. Die außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 900.000 EUR für die Lieferung und Montage der 15 Luftfiltersäulen wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 38 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: - Stadträtin Burkhardt
 - Stadträtin Dr. Traub

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die Vorlage Nr. 407/20 und die einstimmig gefasste Beschlussempfehlung des Ausschusses für Mobilität, Technik und Umwelt (MTU) vom 10.12.2020. Ein Sachvortrag wird nicht gewünscht.

Stadtrat **Link** erkundigt sich, ob die Filter weiter benötigt werden, auch wenn die Stickstoffimmissionen sinken, bzw. wie lange die Filtersäulen aufgebaut bleiben sollen.

BM **Ilk** teilt mit, bei den Filtersäulen handle es sich um eine temporäre Maßnahme. Er gehe von 2 bis 3 Jahren aus, wenn sich die Werte schnell bessern.

Auf Rückfrage von Stadtrat **Müller** teilt Herr **Knobloch** (FB Nachhaltige Mobilität) mit, der zu finanzierende Eigenanteil werde aus dem Fond „Saubere Luft“ bereitgestellt. Es handle sich um einen redaktionellen Fehler.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen lässt OBM **Dr. Knecht** über die Vorlage Beschluss fassen.

Beschluss:**1. Änderungsanträge der Kindertageseinrichtungen:**

- 1.1. Den beantragten Änderungen des Betreuungsangebots laut Anlage 1 für das Kindergartenjahr 2021/22 wird zugestimmt.
- 1.2. Dem Personalminderbedarf in städtischen Einrichtungen von 1,55 Stellen wird zugestimmt.

2. Der Trägerwechsel bei der Einrichtung Montessori Kinderhaus, Teinacher Straße 34 wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 39 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: - Stadträtin Burkhardt
 - Stadträtin Dr. Traub

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die Vorberatung im Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales (BSS) am 09.12.2020 und die dort einstimmig gefasste Beschlussempfehlung. Ein Sachvortrag wird nicht gewünscht, auf Aussprache wird verzichtet. OBM Dr. Knecht lässt über die Vorlage Nr. 386/20 Beschluss fassen.

Beschluss:

1. Für den Trägerkreis der Evangelischen Gesamtkirchengemeinde Ludwigsburg, der Katholischen Kirche Ludwigsburg, der AWO Ludwigsburg gGmbH und der Stadt Ludwigsburg wird die gesetzliche Regelung der Leitungszeit integriert in das bereits bestehende Leitungsmodell befristet bis zum 31.12.2022.

Gruppen Anzahl in der Einrichtung	Bisheriges Modell der Leitungszeit in Vollzeitäquivalenten (VZÄ)	Gesetzliche Vorgabe	Integration der gesetzlichen Vorgaben in VZÄ
1 Gruppe	0	6 Stunden	0,20
2 Gruppen	0	8 Stunden	0,27
3 Gruppen	0,25	10 Stunden	0,33
4 Gruppen	0,50	12 Stunden	0,40
5 Gruppen	0,75	14 Stunden	0,47
6 oder mehr Gruppen	1,00	16 Stunden	0,53

2. Die Leitungszeit für Kindertageseinrichtungen gemäß §1 Absatz 7 der Kindertagesstättenverordnung orientiert sich für freie und privatgewerbliche Träger und ihre Einrichtungen an den gesetzlichen Vorgaben.
3. Dem Personalmehrbedarf für die städtischen Kindertageseinrichtungen für die Leitungszeit von 1-3 Gruppen wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 39 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: - Stadträtin Burkhardt
- Stadträtin Dr. Traub

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die Vorberatung im Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales (BSS) am 09.12.2020 und die dort einstimmig gefasste Beschlussempfehlung. Ein Sachvortrag wird nicht gewünscht, auf Aussprache wird verzichtet. OBM Dr. Knecht lässt über die Vorlage Nr. 013/20 Beschluss fassen.

Abweichender Beschluss:

Entsprechend § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) wird die Hauptsatzung der Stadt Ludwigsburg, beschlossen am 21.11.2018, zuletzt geändert am 10.07.2019, wie in der Anlage zur Vorl. Nr. 449/20 dargestellt und ergänzt um die im Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung am 08.12.2020 besprochenen Anpassungen geändert.

Die Änderungen der Hauptsatzung treten zum 01.01.2021 in Kraft.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 39 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: - Stadträtin Burkhardt
 - Stadträtin Dr. Traub

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die Vorberatung des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung (WKV) vom 22.09.2020 und die dort gefasste abweichende Beschlussempfehlung. Ein Sachvortrag wird nicht gewünscht.

Aus Sicht von Stadtrat **Prof. Vierling** sei es folgerichtig und notwendig die Hauptsatzung anzupassen, damit Hybridsitzungen auch künftig rechtlich zulässig seien. Die letzten Wochen hätten gezeigt, dass die hybriden Sitzungsformate erfolgreich funktionieren. Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt OBM **Dr. Knecht** über die abweichende Beschlussempfehlung des WKV Beschluss fassen.

Abweichender Beschluss:

1. Die Parkgebührensatzung der Stadt Ludwigsburg (in der Fassung vom 12.12.2019) wird entsprechend der als Anlage 1 beigefügten Parkgebührensatzung (Fassung 16.12.2020) geändert.
Zusätzlich wird in §2 Gebührenhöhe bei den Gebühren in Zone 3 der Klammerzusatz zum Tagesticket gestrichen. Damit lautet die neue Formulierung: „für jede angefangene Stunde (bis max. 5. Stunde) 1,00 EUR, Tagesticket 5,00 EUR, Monatsticket (ausgenommen Zone 3A) 40,00 EUR“
2. ~~Abelstraße und Landhausstraße werden neu in die Parkraumbewirtschaftung aufgenommen.~~ Das Lerchenholz (Zone 3A) wird entgegen der ursprünglichen Planungen nicht bewirtschaftet. Sollte aufgrund künftiger Entwicklungen eine Bewirtschaftung geboten sein, wird hierüber im Gemeinderat gesondert entschieden. Die zur Zone 2 gehörenden Straßen in der nördlichen Innenstadt werden bewirtschaftet. Der Gemeinderat ermächtigt die Verwaltung zur Umsetzung der notwendigen Maßnahmen zur Einführung des Parkraummanagements in diesem Bereich.
3. ~~Die Bewirtschaftungszeit wird in der Parkgebührenzone 1 mit Ausnahme von Feiertagen von Montag bis Samstag auf 20 Uhr verlängert.~~

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen und getrennt.

Der Beschluss zu den Beschlussziffern 1 und 2 wird mit 39 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Der Beschluss zu Beschlussziffer 3 wird mit 14 Ja-Stimmen, 20 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Nicht anwesend: - Stadträtin Burkhardt
 - Stadträtin Dr. Traub

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die Vorlage Nr. 414/20.

BM **Ilk** erläutert den Sachverhalt und den Beratungsverlauf der Sitzung des Ausschusses für Mobilität, Technik und Umwelt (MTU) vom 10.12.2020. Er teilt mit, mit deutlicher Mehrheit sprechen sich die Bewohner des Lerchenholzes gegen eine Parkraumbewirtschaftung aus. Eine entsprechende Unterschriftensammlung sei überreicht worden. Von 133 Anwohnern haben sich 124 gegen eine Bewirtschaftung ausgesprochen. Die Anwohner fühlen sich von Parksuchenden nicht beeinträchtigt. BM Ilk würde gerne die Abelstraße und Bogenstraße in die Bewirtschaftung mit aufnehmen. Die ursprünglich für das Lerchenholz vorgesehenen Parkscheinautomaten könnten dort verwendet werden.

OBM **Dr. Knecht** eröffnet die Aussprache.

Stadträtin **Dr. Knoß** prophezeit einen künftigen Verdrängungseffekt in das Gebiet Lerchenholz. Sie werde aber dem Wunsch der Anwohner folgen. Ebenso wichtig sei der Bereich in der Innenstadt rund um die Abelstraße. Die Idee mit der Verschiebung der ursprünglich geplanten Automaten im Lerchenholz in diesen Bereich finde sie gut. Die Erweiterung der Bewirtschaftung rund um die Arena nach 19 Uhr hätte sie gut empfunden und bedauert den Beschluss im Ausschuss. Sie könne dem Vorschlag der FDP-Fraktion folgen.

Weiterhin wünsche er die Begrenzung des Bewirtschaftungszeitraumes um die Arena auf 19 Uhr, so Stadtrat **Klotz**. Zum Thema Lerchenholz könne er dem ursprünglichen Vorschlag der Verwaltung mitgehen. Man solle das Gebiet beobachten und gegebenenfalls nachsteuern. Auch er könne dem Antrag der FDP-Fraktion zustimmen.

Stadtrat **Rothacker** wünscht das Gebiet Lerchenholz weiterhin im Parkraumkonzept drin zu lassen, jedoch vorerst ohne Bewirtschaftung. Es solle kein Flickenteppich entstehen. Eine Nachregulierung sei schwierig. Er könne sich dem Wortbeitrag von Stadträtin Dr. Knoß weitestgehend anschließen.

Stadträtin **Liepins** kann mit dem Verwaltungsvorschlag mitgehen. Das Gebiet Lerchenholz solle vorläufig ausgenommen werden. Die Automaten sollen westlich des Marstallcenters bis zur Abelstraße aufgestellt werden. Einer Bewirtschaftungszeit bis 19 Uhr könne sie ebenfalls zustimmen. Unklar sei noch das Thema Besucherparkausweise.

Die Anwohner haben sich gegen eine Bewirtschaftung im Gebiet Lerchenholz ausgesprochen, merkt Stadträtin **Knecht** an. Eingehend habe ein Austausch mit dem Fachbereich stattgefunden. Die Automaten sollen für die untere Stadt verwendet werden. Die Wirtschaftlichkeit solle mitgedacht werden. Man könne bei einem Verdrängungseffekt jederzeit nachjustieren. Sie geht auf das geänderte Meinungsbild ihrer Fraktion hinsichtlich der vorangegangenen Beratung ein.

Stadtrat **Link** wünscht eine Klärung der Ticketpreise zu Zone 3 ab der 6. Stunde.

Stadträtin **Dr. Knoß** geht auf die Änderung der Beschlussvorlage ein und wünscht eine gesonderte Abstimmung zu Ziffer 3.

Stadtrat **Rothacker** schlägt vor Abel- und Bogenstraße aufzunehmen und unter Ziffer 3 die Bewirtschaftung aufzunehmen, jedoch ohne Praktizierung.

Stadtrat **Zeltwanger** geht auf seinen Meinungswechsel bezüglich der Abstimmung im Mai ein. Man solle sich auf die notwendigen Maßnahmen reduzieren und verweist auf den Nothaushalt. Eine Bewirtschaftung im Lerchenholz sei weder notwendig, noch sinnvoll. Anliegerstraßen sollen in der Bewirtschaftung momentan zurückgestellt werden.

Stadtrat **Herrmann** klärt auf, dass der Gemeinderat über eine künftige Bewirtschaftung zu entscheiden habe. Weiter weist er auf den Tageshöchstsatz hin.

BM **Ilk** geht auf die offenen Fragen ein. Er stimmt dem Vorredner zu und geht auf die Satzung ein. In Zone 1 und 2 seien alle Straßennamen und Gebiete beschrieben. Alle weiteren öffentlichen Straßen und Plätze seien in Zone 3 verankert. Der Parkdruck und die Verdrängungsproblematik werden beobachtet. Der Tageshöchstsatz betrage 5,--Euro. Weiter geht er auf die Besucherausweise ein. Hier weist er auf eine unbürokratische Lösung hin. Eine einfache Notiz im Auto reiche aus.

Die Anregungen der Gemeinderäte Link und Herrmann in § 2 der Parkgebührensatzung auf den Klammerzusatz „(ab der 6. Stunde)“ zu verzichten, werde aufgenommen. Dies diene der Klarheit.

Nach dieser Aussprache lässt OBM **Dr. Knecht** über den geänderten Beschlussvorschlag zu Ziffer 1 und 2, wie oben eingefügt, abstimmen.

Auf Antrag von Stadträtin **Dr. Knoß** wird die Beschlussfassung zu Ziffer 3 getrennt durchgeführt.

Abschließend stellt OBM **Dr. Knecht** fest, nachdem Ziffer 3 mehrheitlich abgelehnt wurde bleibe der Status quo (Bewirtschaftungszeit bis 19 Uhr) erhalten.

Abweichender Beschluss:

Die nachstehende Satzung über das Offenhalten von Verkaufsstellen

am 21.03.2021 anlässlich des „Ludwigsburger Märzklopfens“ (Ludwigsburg Innenstadt),
ersatzweise anlässlich des Ludwigsburger Pferdemarkts

am 10.10.2021 anlässlich des „Ludwigsburger Kastanienbeutelfests“ mit Herbstmarkt
(Ludwigsburg Innenstadt)

wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 31 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 7 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: - Stadträtin Burkhardt
 - Stadtrat Lutz
 - Stadträtin Dr. Traub

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die Vorberatung und die einstimmige Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung (WKV) vom 08.12.2020.

Herr **Mayer** (FB Sicherheit und Ordnung) erläutert das Verkehrskonzept für die Verkaufsoffenen Sonntage 2021

Stadtrat **Bauer** führt aus, die Vorlage ergänzt um die Anlage 4 mit dem Titel „Verkehrskonzept Verkaufsoffene Sonntage“ liege nun vor. Weiter führt er aus „das ist gut, ist doch die Verwaltung zukünftig gezwungen sich als nachhaltige Stadt darüber Gedanken zu machen. Also ein verschieben in die Zukunft. Immer mit dem Argument kein Geld da. Wenn man will, dann ist auch in dieser Zeit doch Geld da, wie das kostenlose Parken unter der Woche in SWLB-Parkhäusern beweist das und wenn man es auch nur der Tochter aus dem Portemonnaie nimmt.

Nun zu den konkreten Konzeptpunkten der Anlage:

Dezentrale Parkplätze und Busshuttle

Welchen Nutzen habe ich als Besucher dieses Angebot zu nutzen?

Ich muss noch Geld zahlen, um dort zu parken. Sitze dicht gedrängt in einem Shuttle, das dann sich mühsam in die Innenstadt quält. Da fahre ich doch direkt in eines der Parkhäuser. Das tue ich mir in der hoffentlich PostCoronazeit nicht an. Das kann also nicht attraktiv sein und ist aber hoffentlich nicht zum Scheitern verurteilt. Warum nicht die Parkgebühren der Parkhäuser für den Sonntag massiv erhöhen und die Busshuttler mit einem Einkaufsgutschein belohnen. Es muss eine finanzielle Steuerungslenkung geben, um in die richtige Richtung zu kommen. So wird das nichts.

Parkhäuser Innenstadt, ÖPNV

Als Eglosheimer bin ich überhaupt nicht begeistert neben dem Parkchaos unter der Woche nun auch noch sonntags die Blechlawine in Eglosheim zu haben. Einen Versuch zur Evaluation könnte ich mir aber vorstellen.

Und das schon Anfang des Jahres vorgestellte Konzept mit ÖPNV-Gratisangeboten wird hoffentlich nur zurückgestellt.

Radverkehr

Ich hoffe, dass das für Radler attraktiv ist, die damit ja auch einen Beitrag leisten, damit sich die Verkehrssituation entspannt. Da in der Vorlage keine Kosten genannt sind, gehe ich davon aus, dass dies kostenlos, aber nicht umsonst ist.

Ergänzend: Verstärkung des KOD damit Falschparken geahndet wird. Und auch abgeschleppt wird. Lernen über den Geldbeutel.

Insgesamt hält sich meine Begeisterung für die Vorlage in engen Grenzen.

Neben den jährlich wiederholten Gründen warum kein Sonntagsverkauf, liegt mir der Märztermin im Magen. Wir sind da noch nicht aus dem Tunnel und ich möchte keine Tunnelverlängerung.

Würde über die zwei Sonntage getrennt abgestimmt könnte ich den März ablehnen und beim Septembertermin mich enthalten. In der Fraktion haben wir zu dem Punkt aber unterschiedliche Positionen.

Jedes Jahr dieselbe Vorlage über die dann die alten Positionen vertreten werden. Diese will ich heute nicht wiederholen. Sollte hier nicht auch was in Bewegung kommen. Durch den Klimawandel und Corona müssen wir doch etwas ändern. Altes Denken hilft nicht, insbesondere auch im Einzelhandel.

Ein schwieriges Jahr geht bald zu Ende. Aber das Licht, das manche am Ende schon sehen kann ich nicht erkennen. Vielleicht im Frühjahr gerade noch rechtzeitig zum ersten verkaufsoffenen Sonntag. Wir werden in der Fraktion uneinheitlich abstimmen.“

Stadträtin **Dr. Klünder** betont die Wichtigkeit der Verkaufsoffenen Sonntage für die Innenstadt.

Er könne zustimmen, teilt Stadtrat **Weiss** mit. Man müsse den Einzelhändlern Planungssicherheit geben.

Das vorgestellte Verkehrskonzept sei kurz, aber gut, teilt Stadtrat **Dr. O'Sullivan** mit. Zwei anstatt ursprünglich fünf Verkaufsoffenen Sonntagen könne man den Arbeitnehmern zumuten. Er hoffe, dass die Termine pandemiebedingt stattfinden können.

Stadtrat **Müller** sieht die zwei verkaufsoffenen Sonntage als Belebung an, auch wenn die Arbeitnehmer sonntags arbeiten müssen. Man müsse alles tun, damit die Autos nicht in die Stadt fahren.

Nach der Aussprache führt OBM **Dr. Knecht** aus, angesichts der Corona-Pandemie sei fraglich, ob der verkaufsoffene Sonntag anlässlich des Ludwigsburger Märzklopfens stattfinden könne. Er schlage vor, ersatzweise den Sonntag beim Ludwigsburger Pferdemarkt vorzusehen. Im Anschluss lässt er über diesen so ergänzten Beschlussvorschlag abstimmen.